Nach der dritten Feuerpause

von Reiner Bernstein[1]

Um Mitternacht zum 11. August hat die dritte zwischen Israel und „Hamas“ vereinbarte Feuerpause begonnen, die erneut für drei Tage gelten soll. Auch diesmal bleibt ungewiss, ob sie halten wird. Denn innerhalb der nächsten 72 Stunden können nicht einmal im Ansatz jene Forderungen detailliert angegangen werden, an denen beide Konfliktparteien als unabweisbar hängen.

Auch ohne Wiederholung all dessen, was Israel und „Hamas“ voneinander trennt, sei daran erinnert, dass das Außenministerium in Jerusalem die Zustimmung zu einer internationalen Präsenz allein im Süden des Gazastreifens sucht. Nach einer Resolution des UN-Sicherheitsrats gemäß Kapitel VII der UN-Charta würde sie die Anwendung von Gewalt – über das Recht auf Selbstverteidigung hinaus – mit dem Ziel ins Auge fassen können, die Waffenarsenale im Gazastreifen unschädlich zu machen sowie die Grenzübergänge für vollumfängliche Kontrollen zu übernehmen.

Von Seiten der „Hamas“ wiederum ist nicht zu erwarten, dass ihr Territorium – zumal auf Verlangen Israels – entmilitarisiert wird und die Grenzen zu Israel im Norden weiterhin dem alleinigen Zugriff Jerusalems unterliegen. Die Akzeptanz dieser Vorstellungen liefe auf die Kapitulation hinaus. „Hamas“ wird es auch nicht dulden, dass die Autonomiebehörde in Ramallah in den Gazastreifen zurückkehrt, nachdem sie während der jüngsten Gewaltaustragung eine politisch passive Rolle gespielt hat.

---

[1] Abgeschlossen am 11. August 2014. Vgl. auch die Eintragungen in den Menüleisten „Chronologie“ und „Rezensionen“ dieser Homepage.

Auch aus Sicht der Autonomiebehörde liegt die Regierung der nationalen Einheit vom Frühsommer in weiter Ferne. Gleichsam im Gegenzug zu Vorwürfen aus Gaza hat Ramallah der „Hamas“ vorgeworfen, den Bau eines Seehafens und eines Flugplatzes sowie die Freilassung von Gefangenen in den Mittelpunkt zu stellen und darüber die Forderung nach nationaler Unabhängigkeit zu vergessen. *„Mit solchen Feinden können wir uns ein paar Fehler erlauben“*, hat vor Jahren der israelische Politologe Zeev Maoz ironisch bemerkt.

Kairos Karten

Ägypten ist aus der jüngsten Konfrontation gestärkt hervorgegangen. Die Arabische Liga, allen voran Saudi-Arabien, kann und will auf die Interessenlagen Kairos keinen Einfluss nehmen. Abgesehen von den vielen hundert Todesurteilen gegen Angehörige der Moslembruderschaft hat das Verwaltungsgericht gerade ihren politischen Arm, die „Partei für Freiheit und Gerechtigkeit“, verboten und damit den Regierenden eine weitere Stütze für das Vorgehen gegen den politischen Islam angeboten. Selbst Kairoer Drohungen mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel sind unterblieben.

Hinzu kommt, dass seit der Abriegelung des Gazastreifens 2007 durch Israel die außerordentlichen wirtschaftlichen und militärischen Tunnel-Importe die Souveränität Ägyptens auf der Sinai-Halbinsel geschwächt hatten. Kairo wird dies künftig zu unterbinden suchen, wenn nötig mit Gewalt. Nicht zufällig hat das israelische Militär die Region Rafah bombardiert, nachdem deren Tunnelwirtschaft den Lebensstandard der dortigen Menschen erheblich angehoben und eine Elite von Neureichen geschaffen hatte – bis mit dem Aufstieg von Abdel Fatah Al-Sisi nach der Entmachtung Mohamed Mursis die Einnahmequellen rapide sanken und sich auch im Süden die Armut

wieder ausbreitete. Autoritäre Regimes bleiben seit Hosni Mubarak der israelischen Politik genehm.

Jerusalems ägyptischer Partner

Nachdem in Israel die überwältigende Mehrheit der jüdischen Bevölkerung der „Operation Schutzschild“ ihre volle Unterstützung erteilt hat und – wie jüngst in Tel Aviv – die geplante Großkundgebung von Anti-Kriegsgegnern mit polizeitaktischer Fadenscheinigkeit unterbunden wurde, haben jene Kräfte in der Regierung endgültig die Oberhand gewonnen, die Benjamin Netanjahu aus dem Amt vertreiben würden, sollte er sich auf einen Deal einlassen, der „Hamas“ ungeschoren am Ruder hält. Man muss Netanjahu nicht bedauern, nachdem er die Geister seines politischen Lagers in die Verantwortung gerufen hat, die ihm jetzt zusetzen.

Wie tief die Zustimmung zur offiziellen Politik in die Gesellschaft hineinreicht, hat der in früheren Zeiten um politische Besonnenheit bemühte Gershon Baskin, heute Ko-Vorsitzender der „Israel Palestine Creative Regional Initiatives“, vorexerziert: Er verlangt von seiner Regierung nicht mehr und nicht weniger, als auf Verhandlungen mit „Hamas“ zu verzichten. zur selben Zeit erbittet das Verteidigungsministerium eine Aufstockung seiner Haushaltsmittel um nicht weniger als 17 Prozent.

Zwischen allen Stühlen

Wie im Falle Netanjahus sind Mitleid und Sympathie für „Hamas“ fehl am Platz. Auf die eigene Bevölkerung konnte sie sich nur deshalb stützen, weil Ägypten und Israel für die Strangulierung des Küstenstreifens sorgten. Nicht erst jetzt also sitzt die Organisation zwischen allen Stühlen. Zwar hat sie die israelischen Kanonaden und

die Dezimierung ihres Führungspersonals überlebt, doch sind die Aufgaben und Herausforderungen noch gewachsen. Ihr öffentliches Prestige wird sich zum einen an der Qualität und der Zügigkeit des Wiederaufbaus entscheiden. Zum anderen müssen die Konkurrenz zwischen Ministerpräsident Ismail Haniyeh und Khaled Meshal im qatarischen Exil und die Rivalitäten zu den Trägern des militärischen Widerstandes, den „Izz Al-Din Al-Qassam“-Brigaden, auf ein erträgliches Maß reduziert werden. Ob und wie umfassend das gelingt, steht in den Sternen.

Zum dritten ist von Machmud Abbas‘ Autonomiebehörde nicht die Rede. Stattdessen ist zu befürchten, dass die Westbank zum blutigen Kampfplatz aufsteigt, wenn zum Gazastreifen alle Verhandlungsstricke reißen. Während die westliche Diplomatie unverdrossen an der Idee der Zwei-Staaten-Lösung festhält, haben nicht einmal zwei souveräne palästinensische Gemeinwesen eine Chance.

Dass nun ausgerechnet Avigdor Lieberman die deutsche Politik dazu aufruft, mehr Führung an den Tag zu legen, passt sich in die Anfrage des Inspekteurs des Heeres an den Verteidigungsausschuss des Bundestages ein, deutschen Soldaten die Erfahrungen des israelischen Militärs im *„Kampf im urbanen Gelände“* und im Tunnelkampf zugänglich zu machen. Schon vor dem jetzigen Krieg konnten palästinensische Familien in den Städten der Zone A der Westbank, die angeblich unter vollständiger Kontrolle der Autonomiebehörde steht, Leidvolles über die furchteinflößenden Razzien berichten. Mit dem Tod der Osloer Vereinbarungen ging die Ausweitung der israelischen Souveränität auf „Judäa und Samaria“ Hand in Hand.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-